

Die Mehloverordnung und die Agrarier.

Im Landhause traten gestern die christlichsozialen Landgemeindenvertreter zu einer Konferenz unter Vorsitz des Landesauschusses Mayer zusammen. Zunächst wurde in der Beratung gegen die Backverordnung Stellung genommen und dargelegt, daß, so dringend notwendig es sei, jede Art Luxusbäckerei einzuschränken, es besonders für die ärmeren Schichten der Bevölkerung eine einschneidende Schädigung bedeuten würde, falls derselben, wie es der § 9 der Backverordnung involviert, die Möglichkeit benommen würde, den Teig für die Schwarzbäckereien den Bäckermeistern zum Backen zu übermitteln. Sodann wurde in die Beratung der neuen Mehloverordnung eingegangen und gegen die Erhöhung der Mehlpreise im allgemeinen entschieden Stellung genommen, und betont, daß diese unerwartete und außerordentlich hohe und einschneidende Preiserhöhung die mittleren und breiten Schichten der Bevölkerung schwer trifft. Auch auf die Preissteigerung der alten Mehlvorräte wurde hingewiesen und die Schaffung völliger Klarheit in der Richtung verlangt, daß diesbezüglich die früheren Normen aufrecht bleiben, wie dies bei allen anderen Lebensmittelverkäufen der Fall ist. Allseits wurde lebhaft Klage geführt, daß die Mehloverordnung ohne Einberufung und Anhörung des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und andere für die einschlägigen Fragen kompetenter Korporationen hinausgegeben wurde und es wurde entschieden Beschwerde geführt, über die stiefmütterliche Behandlung der Beiräte seit Errichtung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt.

In der weiteren Beratung gelangte die Statthaltereiverordnung betreffend die Viehverkäufe zur Sprache und wurde der Wunsch ausgedrückt, daß bei Futtermittelmangel sowie in jenen Fällen, in welchen bei den Kühen keine Milchergiebigkeit mehr zu erzielen ist, bedeutende Erleichterungen für den Viehverkauf gewährt werden. Auch die §14-Verordnung betreffend die zeitweise Aufhebung der Verlassenschaftsgebühren wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen und es wurde auf den dadurch entstehenden Entfall der Einnahmen der Länder hingewiesen.

In Durchführung der obigen Beschlüsse und Anregungen begaben sich gestern nachmittags Minister a. D. Doktor Gehmann, Landesauschuh Mayer, Vizepräsident Zulel, Landeskulturrat Präsident List sowie die Abgeordneten Kollmann, Wollek und Wohlmeyer zum Minister des Innern Prinzen Hohenlohe. Der Sprecher der Abordnung Vizepräsident Zulel entwickelte zunächst die Wünsche und Beschwerden der landwirtschaftlichen Bevölkerung und befaßte sich insbesondere auch mit der Backverordnung. In dieser Hinsicht erwiderte der Minister des Innern, daß er bereits an die einzelnen Statthaltereien Weisungen betreffs der Herstellung des sogenannten Störbrottes ergehen ließ, wonach den Schwarzbäckereien in dringenden Fällen entsprechende Erlaubnis erteilt wurde, den ihnen von den Landwirten zum Backen übergebenen Teig zu verarbeiten. Ueber die neue Mehloverordnung werde im nächsten Ministerrate entschieden werden. Der Minister verhehle sich nicht, daß die Preiserhöhungen der Verordnung die Bevölkerung schwer belaste, er müsse jedoch wiederholt darauf aufmerksam machen, daß die Regierung bei den verordneten Maßnahmen eine zeitliche Verteilung der durch die Teuerung bedingten Preissteigerungen und Lasten im allgemeinen ins Auge gefaßt habe, da eine gleichmäßige Verteilung bei der ungeheuren Dauer des Krieges, der noch schwere Lasten erwarten lasse, unumgänglich notwendig sei. Was die vom Landesauschuh Mayer vorgebrachten Beschwerden gegen die Kriegsgetreideverkehrsanstalt betrifft, erachte es der Minister als seine Pflicht, volle Kenntnis in die Geschäftsgebarung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu erlangen, um dann auch über dieselbe den verantwortlichen Behörden sowie den Volksvertretern volle Klarheit verschaffen zu können.

Landesauschuh Mayer und Vizepräsident Zulel besprachen die Bestrafungen von Preistreibern und gaben eine Darstellung der verschiedenen Gärten, die bei manchen Urteilen vorkommen. Prinz Hohenlohe sagte zu, daß er über dem Komplex dieser Angelegenheiten mit dem Justizminister Dr. v. Hohenburger Rücksprache pflegen werde.